

**Kantonsrat**

**KANTONSRATSPROTOKOLL**

Sitzung vom 20. Oktober 2025  
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

**A 560 Anfrage Brunner Simone und Mit. über die Folgen der Rasenmäher-Finanzpolitik der Planungs- und Finanzkommission (PFK) für die Luzerner Bevölkerung / Finanzdepartement**

Die Anfrage A 560 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht.  
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.  
Simone Brunner hält an der Dringlichkeit fest.

Simone Brunner: Wir diskutieren heute im Rahmen der Beratung über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) über den Rückweisungsantrag der PFK zum Voranschlag 2026. Je häufiger die SP-Fraktion den Rückweisungsantrag liest, desto klarer wird, dass viele offene Fragen und ein grosser Interpretationsspielraum bestehen. Unter diesem Gesichtspunkt stellen sich für die SP und somit auch die breite Bevölkerung zahlreiche Fragen, die von hohem politischen Gewicht sind. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was unter den verschiedenen Schlagworten zu verstehen ist. Das Anliegen erträgt keinen Aufschub, weil wir in dieser Session wissen müssen, was der Rückweisungsantrag konkret bedeutet und wie die Regierung diesen versteht. Im Hinblick auf die Beratung in der Dezember-Session benötigen wir Antworten, wie die entsprechenden Schlagworte und Kriterien interpretiert und umgesetzt werden. Entsprechend bitte ich Sie im Sinn der Transparenz, der Klarheit und der Zusammenarbeitskultur der Dringlichkeit zuzustimmen.

Reto Frank: Die SVP-Fraktion sieht die Dringlichkeitskriterien als nicht erfüllt an. Bei genauerem Betrachten sieht man, dass es sich um prozedurale Fragen zu den Abläufen und um Verständnisfragen handelt. Mit der Anfrage will man erfahren, wie die Regierung die Formulierung interpretiert. Die SVP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit ab.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Retos Wyss: Ein eindeutiges Kriterium spricht eindeutig gegen die Dringlichkeit: Die Fragen können im Rahmen eines traktierten Geschäfts eingebracht werden. Das ist hier klar der Fall. Wir diskutieren vermutlich heute über den Voranschlag. Dort können Sie diese berechtigten Fragen stellen und werden eine Antwort erhalten. Es ist aber zu spät, diese Fragen morgen im Rahmen der dringlichen Behandlung zu stellen, weil der Entscheid bis dann bereits gefällt sein wird. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 87 zu 28 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.